

## Antrag

der AfD-Fraktion

### Wöchentliches Lagebild Migration

Der Landtag stellt fest:

Im Jahr 2022, dem Jahr der Wirtschaft- und Energiekrise, erreicht die Migration nach Deutschland und nach Brandenburg Zahlen, die das Jahr 2015 weit in den Schatten stellen.<sup>1</sup> Laut Aussage der Landesregierung wurde bereits am 31. Oktober 2022 das Aufnahmesoll von 36 000 Migranten erreicht. Seither kommen wöchentlich 400 und 500 Migranten hinzu.<sup>2</sup>

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Daten/Zahlen zum Themenkomplex Migrationen in einem wöchentlichen Lagebild transparent auszuweisen:

1. Demografie und Migration:
  - 1.1. Einwohnerzahl des Landes Brandenburgs.
  - 1.2. Anzahl der Deutschen; Bevölkerungsanteil der Deutschen.
  - 1.3. Anzahl der Ausländer; Bevölkerungsanteil der Ausländer.
  - 1.4. Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund (aufgeschlüsselt nach EU-Staaten, außereuropäischen Staaten und Top-8-Asylherkunftstaaten); Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund (aufgeschlüsselt nach EU-Staaten, außereuropäischen Staaten und Top-8-Asylherkunftstaaten).
  - 1.5. Anzahl der unter Berufung auf das Asylrecht Einwanderten (aufgeschlüsselt nach Asylantragsteller, anerkannte Flüchtlinge, Geduldete, vollziehbar Ausreisepflichtige, Aufenthaltsstatus-/Schutzstatus, Unterbringungsarten, Top-8-Asyl-Herkunftsländer/alle); Bevölkerungsanteil der so genannten Flüchtlinge (aufgeschlüsselt nach Asylantragsteller, anerkannte Flüchtlinge, Geduldete, vollziehbar Ausreisepflichtige, Aufenthalts-/Schutzstatus, Top-8-Asyl-Herkunftsländer/alle, Geschlecht und Altersgruppen).
  - 1.6. Reguläre Einwanderung ins Land Brandenburg (aufgeschlüsselt nach Deutschen/Ausländern, Geschlecht und eingewandert aus deutschem Bundesland/EU-Staat/außereuropäischem Staat).

---

<sup>1</sup> Vgl. „Neuer Rekord: Deutschland hat bereits jetzt mehr Menschen aufgenommen als während der letzten Asylkrise“, in: <https://www.nzz.ch/international/mehr-migranten-als-2015-illegale-migration-in-deutschland-steigt-ld.1712264> (19.11.2022), abgerufen am 05.12.2022.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 30.11.2022.

- 1.7 Auswanderung aus dem Land Brandenburg (aufgeschlüsselt nach Deutschen/Ausländern, Geschlecht und ausgewandert in deutsches Bundesländer/EU-Staat/außereuropäischen Staat).
  - 1.8 Anzahl der illegalen Einreisen (aufgeschlüsselt nach Nationalitäten, Top-8-Asylherkunftsstaaten, Geschlecht, Altersgruppen und „konnten sich ausweisen“/„keine Papiere“).
  - 1.9 Anzahl der neuen Asylanträge (aufgeschlüsselt nach Nationalitäten, Top-8-Asylherkunftsstaaten, Geschlecht, Altersgruppen und „konnten sich ausweisen“/„keine Papiere“).
  - 1.10 Anzahl der im Kontext des Familiennachzugs eingereisten Personen (aufgeschlüsselt nach Nationalitäten, Top-8-Asylherkunftsstaaten, Geschlecht und Altersgruppen).
  - 1.11 Abschiebungen/Zurückweisungen/Rückführungen/Rückkehrer:
    - a) Erfolgte Abschiebungen/Rückführungen (aufgeschlüsselt nach Staaten in die abgeschoben/rückgeführt wurde); Anteil der erfolgten Abschiebungen/Rückführungen an allen geplanten Abschiebungen/Rückführungen.
    - b) Geplante, aber nicht erfolgte Abschiebungen/Rückführungen (aufgeschlüsselt nach Staaten in die abgeschoben/rückgeführt werden sollte und Gründen für nicht erfolgte Abschiebungen); Anteil der geplanten, aber nicht erfolgten Abschiebungen/Rückführungen an allen geplanten Abschiebungen/Rückführungen.
    - c) Anzahl der freiwilligen Rückkehrer (aufgeschlüsselt nach Staaten, in die freiwillig zurückgekehrt wurde).
    - d) Anzahl der erfolgten Grenzzurückweisungen.
2. Kosten:
- 2.1 Kosten für die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene durch Unterbringung so genannter Flüchtlinge im Land Brandenburg (aufgeschlüsselt nach Unterbringungsarten und Aufenthalts-/Schutzstatus); Kosten für Erstellung bzw. das Betreiben von Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften sowie für deren Instandhaltung, Sanierung (z. B. Sanierung von Turnhallen nach ihrem Betrieb als Unterkünfte) bzw. Rückbau inkludiert.
  - 2.2 Kosten für die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene durch Versorgung so genannter Flüchtlinge im Land Brandenburg (aufgeschlüsselt nach Sozialleistungen und Aufenthalts-/Schutzstatus); Kosten für Leistungen nach dem AsylbLG, nach dem SGB II sowie nach dem SGB XII (insbesondere für Unterkunft, Heizung und Verpflegung sowie zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums) und Kosten für Leistungen in der kommunalen Jugendhilfe bzw. bei den Jugendämtern, z. B. für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (aufgeschlüsselt nach ihrem Alter mit expliziter Berücksichtigung auch der Anzahl der volljährigen jungen Erwachsenen unter den Betreuten), inkludiert.
  - 2.3 Kosten in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung, wie z.B. Personalaufwuchs, Anschaffung von neuen Geräten bzw. Material, beispielsweise bei den Sozialbehörden oder dem öffentlichen Gesundheitsdienst, z.B. für die Erstuntersuchung von Zuwanderern.

- 2.4 Kosten im Gesundheitsbereich, wie z.B. die bei den gesetzlichen Krankenversicherungen anfallenden Kosten, Kosten für Sanitäts- und medizinische Dienste in den Aufnahmeeinrichtungen oder Kosten für Leistungen, die gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz erbracht werden.
- 2.5 Kosten für die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene durch Integrationsangebote (Deutsch-/Sprachkurse, Integrationskurse, Integrationsprojekte, Finanzierung von Fahrschulkursen, Dolmetscher, Beratungsleistungen für Zuwanderer, insbesondere Sozialberatungen durch Wohlfahrtsverbände, etc.) im Land Brandenburg (aufgeschlüsselt nach Gründen der Kosten/Art des Integrationsangebotes).
- 2.6 Kosten für weitere Integrationsmaßnahmen, insbesondere für Projekte, welche die Akzeptanz der Migration bei der einheimischen Bevölkerung erhöhen sollen.
- 2.7 Kosten im Bildungs- und Schulwesen, z.B. durch notwendigen Ausbau und Kinderbetreuung.
- 2.8 Kosten im Arbeitsmarktbereich, z.B. für staatlich finanzierte Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, damit Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt besser vermittelt werden können.
- 2.9 Kosten für Infrastruktur-Maßnahmen (mit einwohnerzahlabhängigen Kosten), z.B. im Verkehrs- und Wohnungswesen, in der Raumplanung oder Abfallwirtschaft.
- 2.10 Kosten im Justizbereich, z. B. durch Klagen im Rahmen der Asylverfahren wie Prozesskosten und zusätzlich nötig werdende Richterstellen, durch Strafverfolgung sowie Strafvollzug in den Justizvollzugsanstalten, beispielsweise wegen Personalaufwuchs oder der Erweiterung von Räumlichkeiten (aufgeschlüsselt nach den Verursacherkategorien „Ausländer“/„so genannte Flüchtlinge“).
- 2.11 Kosten im Kontext des Sicherheitsapparats (z.B. Bundespolizei, Landespolizei, Bundeskriminalamt, Bundesverfassungsschutz, Landesverfassungsschutz, Feuerwehr), z. B. durch Polizeieinsätze, Fahndungen, Ermittlungen, Abschiebungen, Löschungen oder zusätzlich notwendige Wachen/Einsätze von Sicherheitsfirmen an Flüchtlingsunterkünften (aufgeschlüsselt nach den Verursacherkategorien „Ausländer aus der EU“/„EU-Drittstaaler“/„so genannte Flüchtlinge“).
- 2.12 Kosten für erfolgreiche bzw. gescheiterte Rückführungen.
- 2.13 Gesamtkostenübersicht.

Begründung:

Insbesondere Deutschland war und ist von der Migrationskrise ab dem Jahr 2015 betroffen.<sup>3</sup> Besonders anschaulich war dies im Jahr 2016, als Deutschland gar mehr Asylbewerber aufnahm als die ganze restliche EU zusammen.<sup>4</sup> Doch auch heutzutage ist Deutschland noch mit extremem Abstand der Hauptbetroffene der Massenmigration.<sup>5</sup> Dies manifestierte sich auch in den Einstellungen in der Bevölkerung, für welche die Problematik rund um Ausländer/Integration/Flüchtlinge seit dem Jahr 2014 für rund fünf Jahre, bis ins Jahr 2019, das mit großem Abstand wichtigste politische Problem darstellte.<sup>6</sup> Aktuell verschärft sich die Lage wieder massiv; auch im Land Brandenburg geraten Kommunen an die Belastungsgrenze.<sup>7</sup> In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz am 30. November 2022 wurde von der Landesregierung außerdem berichtet, dass die (echten) ukrainischen Kriegsflüchtlinge mittlerweile nur einen verschwindend geringen Anteil der Ankommenden ausmachen und die meisten wieder aus stark kulturfremden Nationen außerhalb Europas, wie z. B. Syrien, stammen.

Zur bestmöglichen Lösung einer derart großen politischen Streitfrage, die indirekt auch in diverse andere Bereiche wie die Wohnungs-/Baupolitik, die Sicherheitspolitik, die Kulturpolitik usw. eingreift, ist eine möglichst offene und transparente Debatte notwendig. Hierfür müssen sowohl die Bevölkerung als auch vor allem die Volksvertreter möglichst umfassend und laufend über alle relevanten, damit zusammenhängenden Aspekte informiert sein. Hierzu gehören, neben dem demografischen Ist-Stand und den Migrationsbewegungen, natürlich auch die anfallenden Kosten.

Leider lassen die bisherige Informationslage und das Wissen der Landesregierung zu derartigen Fragen zumeist sehr zu wünschen übrig. Exemplarisch ist hier die Antwort der Landesregierung auf die Mündliche Anfrage Nr. 1326<sup>8</sup>, in deren Rahmen sie nicht einmal beantworten konnte, wie viele Personen mit UMA-Bezug im Zuge des Familiennachzugs nach Brandenburg kamen. Auch zu nennen wäre z. B. die Antwort der Landesregierung<sup>9</sup> auf die

---

<sup>3</sup> Vgl. „Deutschland: Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“, in: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/217376/deutschland-verwaltungs-und-infrastrukturkrise/> (15.12.2015), abgerufen am 30.11.2022.

<sup>4</sup> Vgl. „Asylanträge“, in: [https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index\\_de.html#filter=2016](https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2016), abgerufen am 30.11.2022.

<sup>5</sup> Vgl. „Europäische Union: Anzahl der erstmaligen Asylbewerber\* in den Mitgliedstaaten<sup>12</sup> im Jahr 2021“, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/> (März 2022), abgerufen am 30.11.2022; „Deutschland im EU-Vergleich Spitzenreiter: Asylersanträge im EU enorm gestiegen“, in: <https://www.rnd.de/politik/asylantraege-in-deutschland-spitzenreiter-im-eu-vergleich-54-prozent-anstieg-in-der-gesamten-XPHZ6YMYXCYYTSHNZAMXPGUVZA.html> (25.11.2022), abgerufen am 30.11.2022.

<sup>6</sup> Vgl. „Wichtige Probleme in Deutschland – I“, in: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/) (25.11.2022), abgerufen am 30.11.2022.

<sup>7</sup> Vgl. „35000 Menschen seit Jahresbeginn: Zahl der Geflüchteten steigt – Brandenburger Kommunen zunehmend am Limit“, in: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/35000-menschen-seit-jahresbeginn-zahl-der-gefluechteten-steigt--brandenburger-kommunen-zunehmend-am-limit-8756152.html> (15.10.2022), abgerufen am 30.11.2022.

<sup>8</sup> Vgl. „Bisherige Familienzusammenführungen mit UMA-Bezug“, in: [https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_6500/6566-1326.pdf](https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_6500/6566-1326.pdf) (10.11.2022), abgerufen am 01.12.2022.

<sup>9</sup> Vgl. „Aktueller Stand der illegalen Migration über Weißrussland und Polen“, in: <https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/55-020.pdf> (18.11.2021), abgerufen am 01.12.2022.

Mündliche Anfrage Nr. 817, in deren Rahmen sie – mitten in der offenen Konfrontation mit dem weißrussischen Präsidenten<sup>10</sup> – nicht beantworten konnte, wie viele Personen über die Weißrusslandroute, aus Polen kommend, illegal nach Brandenburg einreisen. Dasselbe gilt für das im Rahmen der Beantwortung<sup>11</sup> der Kleinen Anfrage Nr. 1976 geäußerte Unwissen der Landesregierung darüber bzw. Desinteresse daran, wie viele der aus der Ukraine einreisenden Personen echte Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und wie viele aus Drittstaaten waren – und dies wohlbemerkt, obwohl es Presseberichte<sup>12</sup> über viele Trittbrettfahrer und Betrüger mit falschen ukrainischen Pässen und diesbezügliche Hinweise von Geheimdiensten gab.

Derartige Wissenslücken und der offensichtliche Unwille zur Aufklärung seitens der Landesregierung sind im Bereich derartig großer und zukunftsentscheidender gesellschaftlicher Großkonflikte nicht mehr länger hinnehmbar. Der Landtag sollte deswegen die Landesregierung auffordern, alle relevanten Daten zum Themenkomplex Migration und deren Kosten zukünftig regelmäßig zu erheben und zu veröffentlichen. Angesichts der Größe der zu beantwortenden Fragen und der zu lösenden Probleme dürfen etwaige rechtliche Hürden dabei keinen Grund für Untätigkeit darstellen; vielmehr sind in diesem Falle mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln rechtliche Grundlagen zu schaffen.

---

<sup>10</sup> Vgl. „Wenn Migration an der EU-Außengrenze zur Waffe wird“, in: <https://www.deutschlandfunk.de/belarus-wenn-migration-an-der-eu-aussengrenze-zur-waffe-wird-100.html> (10.11.2021), abgerufen am 01.12.2022.

<sup>11</sup> Vgl. „Flüchtlingssituation aufgrund des Ukrainekriegs“, in: [https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_5500/5503.pdf](https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_5500/5503.pdf) (04.05.2022), abgerufen am 01.12.2022.

<sup>12</sup> Vgl. „Schleuser werben für Fluchtrouten und sollen gefälschte ukrainische Ausweise nutzen“, in: <https://www.welt.de/po-litik/deutschland/article237780393/Schleuser-Netzwerke-nutzen-Fluchtbewegung-aus-der-Ukraine.html> (25.03.2022), abgerufen am 01.12.2022.